



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

ALLIANZ FÜR GEBÄUDE-ENERGIE-EFFIZIENZ APPELLIERT AN BUNDESREGIERUNG

13.05.2011 Fachinformation

Die in der neu gegründeten "Allianz für Gebäude-Energie-Effizienz" zusammengeschlossenen Unternehmen und Verbände der Bau- und Energiewirtschaft haben an die Bundesregierung appelliert, die Energiewende im Gebäudebestand entschlossen voranzutreiben und ihre aktive Mitarbeit angeboten. Die Allianz forderte eine strategisch durchdachte Entwicklung von rechtlichen Rahmenbedingungen, finanziellen Anreizen und Marktpulsen. Dazu gehörten vor allem die Verschärfung der Energieeinsparverordnung (EnEV) um bis zu 30 Prozent, die Erhöhung der Förderung von energiesparenden Sanierungen auf bis zu fünf Milliarden Euro pro Jahr, die Optimierung des Energieausweises und eine kontinuierliche Qualifizierung der Bauexperten. Die Allianz kündigte an, in den kommenden Monaten erste eigene Maßnahmen zu ergreifen. Dabei soll es vor allem darum gehen, den Energieausweis zu einem verlässlichen Sanierungskompass weiterzuentwickeln, bundesweit den Zugang zu qualifizierten Fachakteuren zu verbessern und Eigentümer über die Vorteile des energetischen Sanierens zu informieren. Derzeit werden 80 Prozent des gesamten Endenergieverbrauchs für Wärme und Kühlung über Erdgas, Heizöl und Strom bereitgestellt. Mit Effizienzmaßnahmen könne hier bei Erdgas und Heizöl eine Einsparung von 20 Prozent bis 2020 erreicht werden, so die Allianz. Das entspräche 125 TWh, die für die Stromerzeugung genutzt werden könnten. Würde diese in hocheffizienten, neu zu errichtenden Kraftwerken statt, könne daraus eine Nettostrommenge von 74 TWh erzeugt werden. Rechnet man noch eine weitere Energieeinsparung von 20 Prozent bzw. 10 TWh in strombeheizten Gebäuden hinzu, entspräche dies rund zwei Drittel der in Kernkraftwerken erzeugten Strommenge in Deutschland im Jahr 2009. "Die Sanierung des Gebäudebestands hat viele entscheidende volkswirtschaftliche Vorteile", sagte Stephan Kohler, Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen Energie-Agentur GmbH (dena), zum Start der Allianz in Berlin. "Sie bewirkt wirtschaftliches Wachstum in Gewerbe, Handwerk und mittelständischen Betrieben und hat positive Effekte auf den Arbeitsmarkt. Gleichzeitig können wir durch energetische Sanierung das klimaschädliche CO₂ viel kostengünstiger vermeiden als durch viele andere Maßnahmen. Die energetische Gebäudesanierung kommt bei der aktuellen Diskussion über AKW-Laufzeiten und den Ausbau der erneuerbaren Energien viel zu kurz." Ordnungsrecht verschärfen und vereinheitlichen Nach Einschätzung der Allianz sollte das Ordnungsrecht klare Ziele definieren, dabei aber technologieoffen sein und größtmögliche Freiheiten gewähren. Das im Integrierten Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung (IEKP) formulierte Ziel der Verschärfung der EnEV um bis zu 30 Prozent müsse grundsätzlich beibehalten werden. Die rechtlichen Anforderungen an Gebäude (EnEV, EEWärmeG) müssten bundeseinheitlich gelten und in einem Instrument zusammengefasst werden. In einem ökologischen Mietspiegel müssten energetische Kriterien Eingang finden. Förderung ausbauen und verstetigen Um energetische Sanierungen des Gebäudebestandes voranzutreiben, fordert die Allianz, die Förderprogramme und steuerlichen Anreize langfristig auszubauen, zu verstetigen, zu vereinfachen und gezielt auf die unterschiedlichen Eigentümergruppen auszurichten. Um die Sanierungsrate von 0,9 auf zwei Prozent zu steigern, müsse die Förderung über das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm bis 2020 schrittweise von kurzfristig zwei auf fünf Milliarden pro Jahr erhöht werden. Marktteilnehmer qualifizieren und Eigentümer informieren Als entscheidenden Hebel, um den Markt für Sanierungen in Gang zu bringen, bezeichnet die Allianz die verlässliche Information der Gebäudeeigentümer. Ein qualitativ hochwertiger Energieausweis solle Kosten und Wirtschaftlichkeit der empfohlenen Maßnahmen klar benennen. Der Know-how-Transfer unter den Fachakteuren im

energetischen Bauen und Sanieren solle kontinuierlich und flächendeckend ausgebaut werden. Zudem sei der Aufbau einer bundesweiten qualitätsgesicherten Expertenliste ein wichtiges Instrument, um für Orientierung und verlässliche Qualität im Markt zu sorgen. Eine bundesweite Motivationskampagne solle Eigentümer und Mieter über die Vorteile von Energieeffizienz informieren. Allianz für Gebäude-Energie-Effizienz Die Allianz für Gebäude-Energie-Effizienz ist ein branchenübergreifender Zusammenschluss von Vertretern aus Industrie, Forschung, Handwerk, Planung, Energieversorgung und Finanzierung. Ihr gehören u.a. der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft, der Bundesindustrieverband Deutschland Haus-, Energie- und Umwelttechnik, der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH), aus dem Bereich der Industrie BASF, RWE und Siemens sowie aus dem Wissenschaftsbereich der Lehrstuhl für Baubetrieb und Gebäudetechnik der RWTH Aachen University, der Lehrstuhl für Bauphysik der TU München und das Fraunhofer Institut für Bauphysik an. Die Wertung des BBUMit ihren Vorschlägen verfolgt die Allianz aus Sicht des BBU einige Pfade, die nicht zur Verbesserung der Möglichkeiten und des Umfangs energetischer Sanierung beitragen werden: Die Erhöhung ordnungsrechtlicher Anforderungen wird nicht zu mehr energetischer Sanierung führen. Es werden eher mehr Gebäude aus der wirtschaftlichen Umsetzbarkeit energetischer Modernisierung herausfallen, was in der Summe trotz höherer Standards zu weniger energetischer Sanierung führen wird. Auch eine vermehrte Erstellung von Energieausweisen wird nicht zu mehr energetischer Sanierung führen. Der Energieausweis ist ein Instrument zur Grobinformation und darüber hinaus fehleranfällig. Nur eine ausführliche Energieberatung kann konkrete Hilfestellung für geplante energetische Maßnahmen geben. Es ist aber sinnlos, eine Energieberatung im Zusammenhang mit der Vermietung oder dem Verkauf von Wohnungen oder Gebäuden zu fordern. Die CO₂-Vermeidung durch energetische Gebäudesanierungsmaßnahmen ist leider gerade nicht kostengünstiger als viele andere Maßnahmen. Mit Investitionen von 4.000 bis 7.000 Euro zur Vermeidung einer jährlichen Tonne CO₂ ist energetische Gebäudesanierung hochgradig kosteninvestiv. Richtig sind dagegen die Forderungen zur Vereinheitlichung des Ordnungsrechts und zur Verstetigung der Förderung.

<https://bbu.de/beitraege/allianz-fuer-gebäude-energie-effizienz-appelliert-bundesregierung>